

Zwischen Ehrenmal und Friedwald

Offene Fragen des militärischen Totengedenkens in Deutschland

EDITORIAL

Wie entsteht eine lebendige Erinnerungskultur, die es ermöglicht, Fehler der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und gleichzeitig Lehren daraus für Entscheidungen in der Gegenwart zu nutzen?

Denkmäler können in diesem Prozess nur begrenzt eine Rolle spielen. Sind sie erst einmal geschaffen, werden sie zum selbstverständlichen Teil unserer Wahrnehmung wie so vieles andere. Für die Erinnerungsarbeit verlieren sie rasch an Bedeutung und können höchstens an Gedenktagen, für kurze Zeit wieder mit Leben gefüllt werden.

Eine wichtige Funktion erfüllt allerdings der Entstehungsprozess von Denkmälern, das öffentliche und offizielle Ringen um Ort, Form und Inschriften. Gibt es hier ein transparentes Verfahren, mit einer umfassenden Beteiligung der Öffentlichkeit, können sich Erfahrungen aus der Vergangenheit mit Zielen für die Zukunft weit über formelhafte Sonntagreden hinaus fruchtbar verbinden.

Sabine Mannitz stellt in ihrem Standpunkt dar, wie schwierig und emotional aufgeladen die deutsche Erinnerungsarbeit ist, wenn es um das Kriegstotengedenken geht und wie zuweilen schmerzhaft es ist, allen Facetten und Lesarten der militärischen Todesfälle gerecht zu werden, sowohl denen der Vergangenheit als auch denen der Gegenwart.

Deutlich wird, wie wichtig der konstruktive Umgang mit der Vergangenheit ist, gerade auch, um die Rolle der Bundeswehr heute und den Weg der deutschen Außenpolitik verantwortungsvoll zu bestimmen.

Karin Hammer



Die europäischen Regierungschefs erinnern im belgischen Ypern an den Ausbruch des 1. Weltkriegs: Ein gemeinsames europäisches Gedenken gibt es noch kaum, denn die Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen unterscheiden sich erheblich. Eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen nationalen Narrativen könnte aber die gemeinsame Friedenspolitik stärken.

Foto: ©Bundesregierung/Bergmann

Sabine Mannitz

Nach dem Bau des Ehrenmals im Berliner Bendlerblock, das auf Initiative des ehemaligen Verteidigungsministers Franz-Josef Jung entstand und 2009 eingeweiht wurde, ist im Jahr 2014 ein weiterer Ort zum Gedenken der militärischen Toten in Deutschland seiner Bestimmung übergeben worden: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eröffnete am 15.11.2014 auf dem Gelände des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr bei Potsdam den „Wald der Erinnerung“. Dabei handelt es sich um ein 4.500 m² großes Waldgelände, das mit einer Empfangs- und Informationshalle zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und einem daran anschließenden, von Stelen gesäumten Weg zu einem Andachtsraum bebaut wurde. Außerdem wurden die in

den Auslandseinsätzen der Bundeswehr für die toten Kameraden errichteten „Ehrenhaine“ aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Afghanistan auf das Gelände überführt. Zwar fungiert der „Wald der Erinnerung“ nicht als Bestattungsort, er lehnt sich aber an die Idee der Friedwälder an und bietet wie diese die Möglichkeit, Namensplaketten der Toten an den Bäumen anzubringen. Für das militärische Totengedenken ist dies eine ausgesprochen ungewöhnliche Form.

1914-2014
Der Erste Weltkrieg -
100 Jahre danach

Im Vergleich zu der Kontroverse, die von 2006 bis 2009 um das Berliner Ehrenmal geführt wurde, hat der „Wald der Erinnerung“ kaum öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Unstrittig ist das Projekt dennoch nicht: Der ehemalige Wehrbeauftragte der Bundesregierung Reinhold Robbe bezeichnete es als „beschämend“ und als Ausdruck einer „verfehlten Gedenkkultur in Deutschland“, dass die Toten der Bundeswehr auf einem abgelegenen Kasernengelände „versteckt“ würden, statt dass im Zentrum Berlins eine prominente Gedenkstätte geschaffen würde.¹ Befürworter halten dem entgegen, dass es sich um einen Ort des stillen Gedenkens handeln solle, der auf eine Initiative von Hinterbliebenen zurückgehe und auch in der Bundeswehr auf große Zustimmung stoße. Der Wald ergänze das Ehrenmal am Sitz des Verteidigungsministeriums.

Diese gegensätzlichen Auffassungen machen das Spannungsfeld deutlich, in dem militärisches Totengedenken in Deutschland steht: Der gesellschaftliche Wertewandel im 20. Jahrhundert hat den militärischen Tod nachhaltig entmystifiziert. Noch bis zu den Weltkriegen galt es als ehrenvoll, sich „für das Vaterland“ zu opfern. Der Krieg wurde im Zuge der Nationalstaatsbildungen zum Schauplatz nationaler Heldenerziehung stilisiert, und den „auf dem Feld der Ehre Gefallenen“ war posthum ein feierliches öffentliches Gedenken gewiss. Diese Gewissheiten gelten nicht mehr, in Deutschland noch weniger als andernorts: Die militaristische Vergangenheit und die Rolle der Wehrmacht im NS-Vernichtungskrieg machten es nach 1945 unmöglich, an die in den Weltkriegen „gefallenen“ Soldaten öffentlich auf eine Art zu erinnern, die das aktive militärische Handeln als in irgendeiner Weise gerechtfertigt hätte erscheinen lassen. In das öffentliche Gedenken an die Toten der Weltkriege sind sie als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ eingeschlossen. Diese Formel prägte Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 8. Mai 1985. In der zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik, der Neuen Wache in Berlin, ist sie in den Boden eingelassen und gab bei deren Neugestaltung 1993 Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen: In der vergrößerten Kopie der Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ von Käthe Kollwitz, der „Pietà“, repräsentiert der tote Soldat die zu betauernden Opfer, während die primären

„Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ nicht symbolisiert sind.

Unverkennbar steht die Frage nach der Angemessenheit der politischen Rhetorik und Symbolsprache im Gedenken an tote Soldaten in Verbindung mit der Bewertung und Begründung der Militäreinsätze, in denen sie umgekommen sind: „Erinnerungspolitik ist das strategische Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte“, fasst Michael Kohlstruck zusammen.² Im Spannungsfeld zwischen politischer Begründung und der gestiegenen Wertschätzung des Individuellen tun sich die Gesellschaften der westlichen Welt allgemein schwer, zeitgemäße Umgangsformen mit dem militärischen Tod zu finden. Während diese Schwierigkeit sich in Deutschland als eine Leerstelle manifestiert, die mit den Bauprojekten der letzten Jahre allmählich zu füllen gesucht wird, halten europäische Nachbarn teilweise an anachronistischen Gedenktraditionen fest. Im 100. Jubiläumsjahr des Beginns des Ersten Weltkriegs sind solche Defizite besonders sichtbar geworden. Sie zeigen die Notwendigkeit, überkommene Rituale zu überdenken und Formen des Gedenkens zu entwickeln, die zum heutigen Auftrag des Militärs passen. Dass sich an der Wahl von Orten, Symbolen und Rhetorik des militärischen Totengedenkens in Deutschland Kontroversen entzündet haben, ist

daher zu begrüßen und sollte einen weitergehenden politischen Verständigungsprozess veranlassen.

Um diese Forderung zu begründen, werfe ich zunächst einen Blick auf die Bedeutung des Gedenkens an tote Soldaten als Teil des politischen Umgangs mit dem militärischen Gewaltapparat. Anschließend werden die im Bendlerblock und in Potsdam entstandenen Orte zum Gedenken an die Toten der Bundeswehr auf ihren Aussagewert hin befragt. Dabei wird zum einen deutlich, dass es im öffentlichen Gedenken an tote Soldatinnen und Soldaten weder eine gemeinsame europäische Perspektive noch ein Normalmaß gibt, an das Deutschland sich umstandslos anlehnen könnte oder sollte. Zum anderen weisen die neueren Auseinandersetzungen um geeignete Gedenkort für die Toten der Bundeswehr auf ambivalente Einschätzungen von Militäreinsätzen in der deutschen Politik und Gesellschaft hin, die friedenspolitisch bedeutsam sind. Sowohl der Bau des Ehrenmals im Bendlerblock als auch der „Wald der Erinnerung“ haben Anstöße gegeben, sich über verschiedene Aspekte militärischen Handelns und seiner Risiken für die Angehörigen der Streitkräfte zu verständigen. Die Frage nach dem Stellenwert, den militärische Mittel in der deutschen Politik haben können, sollen oder dürfen, ist in den Diskussionen aber noch zu kurz gekommen.



Das „Augusterlebnis 1914“: voller Begeisterung in den Krieg? Der neueren historischen Forschung (z.B. Jeffrey Verhey: *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*) gilt dies als propagandistisch überhöht. Die größte Kriegsbegeisterung außerhalb des preußischen Militärs zeigte das gebildete Bürgertum, das die wenigsten Freiwilligen stellte.

Foto: picture alliance/dpa

Historische Lehren und das Totengedenken: ein politischer Nexus

Quer durch Europa wurde 2014 an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren erinnert. Am 11. November richtete sich die Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf die Toten des ersten global geführten Krieges: In den Ländern des Commonwealth, in Frankreich und Belgien ist der Jahrestag des Waffenstillstandsabkommens von 1918 der staatliche Kriegstotengedenktag. In Deutschland stehen am Volkstrauertag, der in der Bundesrepublik seit 1952 wieder als staatlicher Gedenktag begangen wird, die Opfer von Gewaltherrschaft und Krieg im Mittelpunkt. Das Totengedenken, das der Bundespräsident zu diesem Anlass verliest, verbindet das trauernde Erinnern an die Opfer aller Völker mit der heutigen Verantwortung für den Frieden.

Die Schlussfolgerung, dass die Kriegstoten der Vergangenheit uns zum zurückhaltenden Umgang mit den militärischen Gewaltmitteln ermahnen, ist nicht so selbstverständlich, wie sie scheinen mag: Im Gedenken an den Deutsch-Französischen Krieg, dem 1870/71 in weniger als zehn Monaten knapp 190.000 Menschen zum Opfer fielen, dominierten die Rhetorik und Bildsprache von Sieg, Triumph und Ehre. Die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ wurde damit auf beiden Seiten wachgehalten. Der Toten zu gedenken, um den Frieden zu bewahren, war offenbar nicht das Ziel. Vielmehr wurde das Opfer des Lebens als heldenhaft überhöht und der gewaltsame Tod als „Fallen“ im Krieg beschönigt. Weil diese Geisteshaltung in den staatstragenden Eliten um die Jahrhundertwende dominierte, hat Herfried Münkler die europäischen Gesellschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „heroische“ Gesellschaften charakterisiert, die sich in einem Zustand der kriegsbereiten Dauererregung befunden hätten.³ Als im Sommer 1914 mobilgemacht wurde, zogen viele Franzosen und Deutsche denn auch freudig in den neuerlichen Krieg. Selbst wenn das so genannte „Augusterlebnis 1914“ in Teilen eine mediale Inszenierung war, standen doch vielfach jubelnde Massen Spalier, um den Auszug der Truppen aus den Garnisonsstädten zu feiern, priesen namhafte Intellektuelle und

Künstler die vermeintlich moralisch reinigende Kraft des Krieges, und meldeten sich Hunderttausende freiwillig für den Dienst an der Front.

Eine derartige Begeisterung für den Krieg scheint im heutigen Europa kaum mehr vorstellbar. Der soziologische Befund, wonach das Gros der europäischen Gesellschaften heute durch überwiegend postmilitaristische Einstellungen gekennzeichnet sei,⁴ hat sich über die letzten Jahrzehnte als stabil erwiesen. Zu dieser Entwicklung haben die Erfahrungen aus beiden Weltkriegen und die Analyse der Kriegsursachen beigetragen. Am Ende des Ersten Weltkriegs waren die imperialistischen Großreiche, die ihn auslösten, zusammengebrochen. An ihre Stelle traten Staaten, die sich überwiegend national definierten und deren neue Grenzverläufe vielfach anhaltende Konflikte schürten. Die widersprüchliche Nachkriegsordnung, unzureichender Minderheitenschutz und das Festhalten an nationalistischen Denktraditionen ließen überall in Europa revisionistische Forderungen entstehen. Es ist auch dieser Hypothek des Ersten Weltkriegs als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“⁵ geschuldet, dass die jungen parlamentarischen Demokratien in die Krise gerieten und 20 Jahre nach dem Friedensschluss von Versailles ein weiterer großer Krieg in Europa begann.

An dessen Ende wurde für das Verhältnis der europäischen Staaten zueinander eine zentrale Lehre gezogen: dass der Wunsch, „nie wieder Krieg“ gegeneinander zu führen, durch gemeinsame politische Institutionen gestaltet werden muss. „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen!“, so Jean-Claude Juncker bei seiner Rede anlässlich des Volkstrauertags 2008 im Deutschen Bundestag. Die gerne als *per se* wirkungsvoll beschworenen Kriegsgräberstätten und Soldatenfriedhöfe sprechen aber keineswegs für sich. Sie führen die überwältigenden Opferzahlen vor Augen, erschließen aber nicht die individuellen und gruppenspezifischen Handlungen, tragischen Verkettungen und machtpolitischen Entscheidungen, die so viele leiden und sterben, vor allem aber auch töten ließen. Dieses Wissen, wo es möglich ist, zu erschließen, ist unerlässlich für das Erkennen von sozialen und politischen Bedingungen, die zum massenhaften Gewalthandeln führen

Internationales Totengedenken als friedenspolitischer Auftrag

Das Totengedenken, das der deutsche Bundespräsident bei der zentralen Feierstunde am Volkstrauertag im Bundestag verliest, schließt die Toten aller Völker ein. Es appelliert an die Bereitschaft zur Versöhnung und an die Verantwortung für den Frieden.

Wir denken heute an die Opfer von Gewalt und Krieg, an Kinder, Frauen und Männer aller Völker.

Wir gedenken der Soldaten, die in den Weltkriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren.

Wir gedenken derer, die verfolgt und getötet wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Rasse zugerechnet wurden, Teil einer Minderheit waren oder deren Leben wegen einer Krankheit oder Behinderung als lebensunwert bezeichnet wurde.

Wir gedenken derer, die ums Leben kamen, weil sie Widerstand gegen Gewaltherrschaft geleistet haben, und derer, die den Tod fanden, weil sie an ihrer Überzeugung oder an ihrem Glauben festhielten.

Wir trauern um die Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage, um die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung, um die Bundeswehrsoldaten und anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren.

Wir gedenken heute auch derer, die bei uns durch Hass und Gewalt gegen Fremde und Schwache Opfer geworden sind.

Wir trauern mit allen, die Leid tragen um die Toten, und teilen ihren Schmerz.

Aber unser Leben steht im Zeichen der Hoffnung auf Versöhnung unter den Menschen und Völkern, und unsere Verantwortung gilt dem Frieden unter den Menschen zu Hause und in der ganzen Welt.

oder es begünstigen. Tatsächlich ist vieles aus der – nicht nur europäischen – Geschichte des Ersten Weltkriegs anhaltend aktuell. Um das zu erkennen, hilft es, sich mit historischen Details zu befassen, denn was der Historiker Andrzej J. Kamiński mit Blick auf die Opfer der NS-Verbrechen formuliert hat, gilt insgesamt für kritische Erinnerungspolitik, die aus der Geschichte zu lernen beansprucht: dass man den Opfern nicht pauschales Wehgeschrei schulde, sondern ein genaues Wissen um die Ursachen und Umstände ihres Todes.⁶ Dazu zählen gesicherte Kenntnisse über die Wege in den Krieg und das Verhalten im Krieg. Trotz unterschiedlicher persönlicher Hemmschwellen für den Einsatz von Gewalt braucht es ja einen legitimierenden Handlungsrahmen, um Menschen töten zu lassen, als handle es sich um eine normale Arbeit. „Die Kriegsgewalt öffnet einen Deutungs- und Handlungsraum, den es im Zivilleben nicht gibt: Töten, vergewaltigen, mächtig oder auch gnädig sein zu können – all diese neuen Möglichkeiten gehen auf den geöffneten Gewaltraum und die an ihn gebundenen Deutungsmuster zurück“,⁷ resümieren Sönke Neitzel und Harald Welzer diese spezifische Lebenswelt.

Ungeachtet des Erfolgs der EU als Friedensprojekt haben die Länder Europas aus der Geschichte unterschiedliche Konsequenzen für die grundsätzliche Bewertung von militärischen Interventionen gezogen. Diese Differenzen spiegeln sich im öffentlichen Umgang mit den militärischen Toten der Vergangenheit wie auch der Gegenwart. Eine transnationale europäische Gedenkkultur gibt es bestenfalls in Ansätzen. Das öffentliche Gefallenengedenken nimmt in den verschiedenen Ländern eigene Formen an, und es beinhaltet unterschiedliche Deutungen von Militäreinsätzen. Im Vergleich Deutschlands mit manchen seiner europäischen Nachbarn fällt zunächst auf, wie stark der Erste Weltkrieg andernorts Fluchtpunkt des Gefallenengedenkens geblieben ist. Der Zweite Weltkrieg, die NS-Geschichte und die Ermordung der europäischen Juden haben die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Deutschland verdrängt. Insofern hat das Jubiläumsjahr 2014 den ersten großen Krieg des 20. Jahrhunderts den Deutschen überhaupt erst wieder ins Bewusstsein gerufen, während beispielsweise die britische Öffentlichkeit aus diesem An-

In Flanders Fields

In Flanders fields the poppies blow
Between the crosses, row on row,
That mark our place; and in the sky
The larks, still bravely singing, fly
Scarce heard amid the guns below.

We are the dead. Short days ago
We lived, felt dawn, saw sunset glow,
Loved, and were loved, and now we lie
In Flanders fields.

Take up our quarrel with the foe:
To you from failing hands we throw
The torch; be yours to hold it high.
If ye break faith with us who die
We shall not sleep, though poppies grow
In Flanders fields.

(John McCrae: In Flanders Fields and other Poems,
Nachdruck von Dodo Press 2005)

Auf Flanderns Feldern

Auf Flanderns Feldern blüht der Mohn
Zwischen den Kreuzen, Reihe um Reihe,
Die unseren Platz markieren; und am Himmel
Fliegen die Lerchen noch immer tapfer singend
Unten zwischen den Kanonen kaum gehört.

Wir sind die Toten. Vor wenigen Tagen noch
Lebten wir, fühlten den Morgen und sahen den
leuchtenden Sonnenuntergang,
Liebten und wurden geliebt, und nun liegen wir
Auf Flanderns Feldern.

Nehmt auf unseren Streit mit dem Feind:
Aus sinkender Hand werfen wir Euch
Die Fackel zu, die Eure sei, sie hoch zu halten.
Brecht Ihr den Bund mit uns, die wir sterben,
So werden wir nicht schlafen, obgleich Mohn
wächst
Auf Flanderns Feldern.

lass vor allem ein Mehr an Berichterstattung und offiziellen Feierlichkeiten erlebte.

In Großbritannien steht die Erinnerung an den *Great War* von 1914-18, der mehr als dreimal so viele Briten das Leben kostete wie der Zweite Weltkrieg und auch deshalb Kern des nationalen Gedenkens geblieben ist, im Zeichen von Patriotismus, Heldenmut und Werteverteidigung. Am 11. November tragen die Briten rote Mohnblüten am Revers, um an die blutgetränkten Schlachtfelder zu erinnern, legen zwei Schweigeminuten ein und spenden für die Veteranen und Versehrten heutiger Kampfeinsätze. Damit dominieren Trauer und Stille das Gedenken im öffentlichen Raum. Zugleich schafft der anhaltende militärische Aktivismus der Briten eine überzeitliche Kontinuität, in deren Rahmen soldatisches Sterben und Verwundetsein stehen.⁸ Auch in der französischen Erinnerung symbolisiert *La Grande Guerre* den Widerstand, die Opferbereitschaft für die Republik und die Solidarität der Nation. Als zentrale patriotische Werte Frankreichs finden sie im monumentalen *Arc de Triomphe*, den schon Napoleon bauen ließ, ihre symbolische Entsprechung. Dort befindet sich das Grabmal des unbekanntesten Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg mit der Ewigen Flamme des Gedenkens.

Die europäische Staatengemeinschaft ist auf dem Boden vielfältiger Kriegserfah-

rungen und -erinnerungen entstanden. Die westlichen Siegermächte von 1945, die mit ihrem Blutzoll eine demokratische Nachkriegsordnung ermöglichten, haben die traditionellen Formen des ehrenden Gefallenengedenkens nicht revidiert. Kritische politische Beobachter betrachten das insofern als problematisch, als es eine heroisierende Kriegserinnerung einschließt. So sah der Kolumnist des *Guardian* Simon Jenkins im Januar 2014 eine kriegsnostalgische Lawine auf sein Land zurollen, für die er die Deutschen präventiv um Entschuldigung bat, denn die Briten seien in den Siegen vergangener Zeiten gefangen: „Deutschland (...) muss es hinnehmen, dass seine Bezwin-ger Jahr für Jahr ihre Siege durchspielen. Es ist tragisch, dass man sich ständig gezwungen sieht, eine Orgie der Erinnerung an den gegenseitigen Hass zu feiern.“ Als das Jahr voranschritt, sah Jenkins seine schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Es herrsche Nostalgie und Kriegsverklärung vor, wo die wichtigste Lehre von 1914 doch sei, an den Grenzen Europas nicht mit den Säbeln zu rasseln, bis es zu spät sei: „Die Deutschen haben das verstanden. In der Ukraine raten sie weiter zu Zurückhaltung. Großbritannien macht das Gegenteil.“

Das Kriegsthema hat 2014 mit dem Erinnern an den 1. Weltkrieg in allen Ländern Europas großen Raum eingenommen. Die mediale Beschäftigung mit der Weltkriegs-

geschichte bietet der Öffentlichkeit die Gelegenheit, die historischen Ereignisse neu einzuordnen, zu verstehen und zu bewerten. Gleichzeitig kann sie Rückschlüsse nahelegen für das Verhalten in der Gegenwart. Mediale Diskurse vermitteln daher zugleich Eindrücke von geschichtspolitischen Kontroversen, denn viele Auseinandersetzungen entzündeten sich an Deutungen, die Widerspruch hervorrufen. Dafür ist die Schaffung von Denkmalen ein typisches Beispiel: Kontroversen werden in der Planungs- und Bauphase als mediale Diskurse sichtbar. Ist das Denkmal gebaut und seiner Bestimmung übergeben, unterliegt es der Veralltäglichen, d.h. es wird ein Teil der gesellschaftlichen Konstrukte, *mit* und *in* denen wir denken – statt über sie; wir hören auf, darüber nachzudenken.⁹ Auch deshalb gilt ExpertInnen der öffentliche Streit um Ausgestaltung, Symbolik und Ort eines solchen Projekts als mindestens so wesentlich wie die am Ende realisierte Variante: Der Streit möglichst vieler, das „Lebenselixier pluralistischer Gesellschaften“¹⁰, und die auf seiner Grundlage entstehende (Kompromiss-) Lösung entscheiden darüber, ob einem Gedenkort breite Legitimität zuerkannt wird oder nicht.

Im Hinblick auf das Gedenken militärischer Toter geben öffentliche Auseinandersetzungen zudem Aufschluss über die Bereitschaft in Politik und Gesellschaft, den Tod der „eigenen“ Soldatinnen und

Soldaten kollektiv zu verantworten und ihren Einsatz öffentlich anzuerkennen. Diese Dimension wurde rund um den Bau des Ehrenmals für die Toten der Bundeswehr im Berliner Bendlerblock sehr deutlich. Im September 2009 eingeweiht, wollte der damalige Bundespräsident Köhler das Ehrenmal als eine „Stätte der Trauer und des Gedenkens, des Dankes und der Erinnerung an diejenigen, die im Dienst für unser Land ihr Leben gegeben haben“ verstanden wissen. Ein in der Gesellschaft verankerter Ort ist es aber nicht geworden. Schon die Umstände seiner Schaffung waren wenig demokratisch, und es deutet auf weitere Defizite hin, dass mit dem „Wald der Erinnerung“ umgehend ein weiterer Gedenkort gebaut wurde. Ein Blick auf diese beiden neuen Stätten des militärischen Totengedenkens ist aufschlussreich, denn beide zeigen, wie schwer Deutschland sich damit tut, sein Verhältnis zum Soldatentod zu bestimmen und zum Ausdruck zu bringen.

Das Ehrenmal im Bendlerblock: überfällig oder überflüssig?

Schon bevor der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung 2006 die Initiative zum Bau eines zentralen „Ehrenmals“ für die Toten der Bundeswehr ergriff, war verschiedentlich geäußert worden, es fehle der Bundesrepublik Deutschland ein „politischer Totenkult“ (Reinhart Kosseleck), der



888.246 rote Mohnblumen (poppies) aus Keramik wurden für den 11. November 2014 in den Burggraben rund um den Tower of London „gepflanzt“. Jede Blume steht für ein militärisches Todesopfer des Ersten Weltkriegs. Das Rot soll an die von Blut geröteten Felder in Flandern erinnern. Der 11. November ist der offizielle „remembrance day“. Die roten Mohnblumen wurden verkauft, und der Erlös kommt Wohltätigkeitsorganisationen für Angehörige der Armee zugute. Mehr als 5 Millionen Besucher kamen, um sich die Installation anzusehen.

Foto: © Martin Pettitt: Poppies At The Tower Of London 23-8-2014/ <https://www.flickr.com/photos/mdpettitt/14934455948/> /set-72157646697407797/ (16.2.15) Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>.

Remembrance: „Poppy Day“

Anders als in Deutschland, wo der Zweite Weltkrieg und die NS-Verbrechen das öffentliche Erinnern dominieren, steht das Kriegstotengedenken in den Commonwealth-Ländern, in Frankreich und Belgien im Zeichen des Ersten Weltkriegs. Zentraler Gedenktag ist der 11. November, Jahrestag des Waffenstillstandsabkommens von 1918 (Armistice Day; Veterans Day in den USA). Zum Symbol der Trauer um die Gefallenen wurde in Großbritannien die rote Mohnblüte, die dem bekanntesten englischsprachigen Gedicht aus den Flandernschlachten entlehnt ist. Der kanadische Oberstleutnant John McCrae verfasste es 1915 in Trauer um einen bei Ypern getöteten Freund. Das Gedicht ist Pflichtlektüre in englischen Schulen. Millionen Briten tragen im November als Zeichen ihres Gedenkens die Poppy am Revers. Die Erlöse aus dem Verkauf der Anstecker kommen Veteranen heutiger Konflikte zugute. Die Installation des Mohnfeldes vor dem Tower of London 2014 bezieht sich auf diese Tradition. Für jeden britischen Soldaten, der im 1. Weltkrieg starb, stand dort 2014 eine Keramik-Mohnblüte, insgesamt 888.246. Auch diese wurden anschließend zu Gunsten militärischer Wohlfahrtseinrichtungen veräußert.

die militärische Gewaltanwendung und den Einsatz des Lebens für die Ziele des Gemeinwesens staatspolitisch abbilde. Insbesondere angesichts des Wandels der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz sei eine öffentliche Gedenkkultur zu entwickeln, welche die staatliche Funktion des Militärs und die Risiken militärischer Einsätze ins öffentliche Bewusstsein brächten.¹¹

Innerhalb der Bundeswehr gab es schon lange Orte des Totengedenkens der Teilstreitkräfte: in der Koblenzer Festung Ehrenbreitstein für das Heer, in Fürstenfeldbruck für die Luftwaffe, in Laboe für die Marine¹². Vielfach waren schon für das Gedenken der Wehrmachtstoten Anlagen früherer Kriege in der Weise weitergenutzt worden, dass einfach die Daten 1939-45 ergänzt wurden. Damit erhält der Soldatentod eine zeitlose Aura, historische Kontexte werden ausgeblendet. Als in der Bundeswehr in den 1990er Jahren Ansätze erkennbar wurden, in ähnlicher Weise auch derjenigen gedenken zu wollen, die in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr umgekommen waren, also mit dem Anbringen weiterer Gedenktafeln oder dem Umformulieren der Texte und Jahreszahlen an den Stätten des militärischen Gedenkens der Weltkriegstoten, wurde der Anachronismus offenkundig. Derartige Improvisationen zeigen, dass ein reflektierter Umgang mit den äußerst verschiedenen Umständen der Soldatentode, derer gedacht wird, nicht verbreitet war. Dass es innerhalb der Bundeswehr das Bedürfnis gab, an die Toten aus den eigenen Reihen zu erinnern, war indessen offenkundig. Auch die in den Auslandseinsätzen entstandenen „Ehrenhaine“ zeugen davon.

Als Franz-Josef Jung seinen Plan publik machte, ein zentrales „Ehrenmal“ für die Toten der Bundeswehr errichten zu lassen, löste er eine Kontroverse aus. Als Standort eigne sich das Gelände des Bendlerblocks „als dem repräsentativen Ort der Bundeswehr“, wo öffentliche Gelöbnisse abgehalten und Staatsgäste empfangen würden, „die bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit hätten, am Ehrenmal einen Kranz niederzulegen“. Zwar gab Jung an, er spüre das Bedürfnis nach einem „geeigneten Ort, der gefallenen [sic!] Soldatinnen und Soldaten zu gedenken“, in der Truppe und in weiten Teilen der Bevölkerung, sein Vorstoß erntete aber lebhaft Kritik. Als er-



Nur eine repräsentative „Kranzabwurfstelle“? Das Ehrenmal im Bendlerblock liegt auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums.

Foto: © 2009 Bundeswehr/Bienert

stes äußerte sich die FDP-Opposition im Bundestag kritisch sowohl zum Standort als auch dazu, ein solches Vorhaben als Aufgabe des Verteidigungsministeriums zu definieren. Da die Einsätze der Bundeswehr unter Parlamentsvorbehalt stünden, müsse sich der Bundestag mit den Formen des öffentlichen Gedenkens befassen, über einen möglichen Bau entscheiden und auch ggf. den Standort bestimmen. Ehrlicherweise gehöre eine solche Stätte in die Nähe des Bundestags, wo über die Entsendung der Bundeswehr entschieden wird. Auch Franz-Josef Jungs Parteikollege Karl Lamers äußerte, dass ein „Ehrenmal“ überfällig sei, allerdings „in der Nähe des Parlaments“.

Diese Argumente fanden quer durch alle Fraktionen BefürworterInnen – mit Ausnahme der Linken, die sich vollends gegen die Schaffung eines Gedenkortes positionierten. Beide Argumente, gegen das Verfahren wie auch gegen den vorgesehenen Standort, vertraten in der Folge viele Vertreter von Verbänden und Medien sowie prominente Intellektuelle; nicht zuletzt der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock, Peter Steinbach, der zugleich den Charakter des geplanten „Ehrenmals“ kritisierte: Statt einer „Kranzabwurfstelle“ brauche es ein Denkmal, das ein Stachel sein müsse, „eine Mahnung an die Verantwortlichen, die Soldaten in Auslandseinsätze schicken“. Deshalb müsse es am Bundestag stehen. Der Sinn eines Denkmals liege in seiner Symbolhaftigkeit. Es müsse Zeichen und Mahnung zur Reflexion sein. Damit es diese Funktion für möglichst viele erfüllen könne, sei der öffentliche Streit in der Entstehungsphase zentral. Genau der

werde vermieden, wenn das Projekt im Verteidigungsministerium angesiedelt werde.

Bemerkenswerterweise durchzog die Streitlinie auch die Bundeswehr: Während Generalinspekteur General Schneiderhan an den Planungen im Ministerium teilhatte und den Gedenkort als ein militärisches Ehrenmal mitentwickelte, gab der Reserveoffizier und Truppenpsychologe Horst Schuh zu bedenken, er nehme bei Soldaten und den Hinterbliebenen getöteter Soldaten zwar den Wunsch nach einem Denkmal wahr, das den persönlichen Einsatz anerkenne. Viele würden sich dieses aber als ein Mahnmal im Zentrum des Regierungsviertels wünschen. In dem Sinne verabschiedete auch der Arbeitskreis Darmstädter Signal, der sich als kritisches Sprachrohr aktiver und ehemaliger Bundeswehr-Offiziere und Unteroffiziere versteht, im März 2007 ein Positionspapier. Es forderte eine breite parlamentarische und öffentliche Debatte zu einem politischen Denkmal, das den Kreis der „zu Ehrenden“ auf Polizisten und Entwicklungshelfer ausdehnen sollte, die bei Auslandseinsätzen getötet werden. Dies sei nicht nur mit Blick auf die Opfer angemessen, sondern auch wegen der Zielrichtung der Bundeswehreinsätze, die die zivile Friedensdimension betonen sollten.

Mit der Forderung, am selben Ort militärische und zivile Einsatzkräfte, die im Dienst ihr Leben eingebüßt haben, zu würdigen, ist die Frage nach der Sonderstellung des Militärs aufgeworfen: Ist der militärische Tod schlicht Teil des Berufsrisikos wie bei Feuerwehr, Polizei oder EntwicklungshelferInnen, oder macht das Prinzip von Befehl und Gehorsam einen Unter-

schied? In Zusammenhang mit der Frage, wessen gedacht werden soll, steht die Problematik einer möglichen Inschrift. Augenfällig war, dass in Bezug auf eine Gedenkformel, die für die Sinnstiftung zentral ist, allgemeine Ratlosigkeit herrschte. Die verstärkte sich noch, als der Verteidigungsminister nach anfänglichen Überlegungen, dass der Toten der Auslandsmissionen gedacht werden solle, dazu übergang, die Toten der Bundeswehr nicht auseinanderdividieren zu wollen. Mit anderen Worten ging es seither um alle rund 3.200 militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr, die seit der Gründung „im Dienst ihr Leben verloren“ haben, d.h. mehrheitlich um Unfalltote. Wie lässt sich auf einen Nenner bringen, wofür diese Menschen ihr Leben verloren haben?

Der Streit um das „Ehrenmal“ lebte erneut auf, als das architektonische Vorhaben 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Vorangegangen war ein Architekten- und Künstlerwettbewerb, zu dem eine Kommission unter Ägide des Verteidigungsministeriums sechs Künstler und Architekten persönlich eingeladen hatte. Die Findungskommission votierte für den Entwurf des Münchener Architekten Andreas Meck, und mit wenigen Überarbeitungen wurde im Bendlerblock nach dessen Entwurf gebaut. Die Streitpunkte, die in dieser Phase hinzukamen, betrafen einerseits wiederum das Verfahren: Nichts von dem, was üblicherweise bei Großbaustellen der öffentlichen Hand Standard ist, wurde eingehalten, also Ausschreibung, transparente Vergabe-Entscheidung, Einbezug der Raumordnungsinstanzen. Andererseits geriet nun auch die bauliche Ausgestaltung ins Visier: Ein rechteckiges Gerüst aus Stahlbeton mit elf Pfeilern, 40m x 8m und 10m hoch, umgeben von einer Haut aus Bronzeblech, aus der die Formen halber soldatischer Erkennungsmarken ausgestanzt sind, um den Tod zu symbolisieren. Im Innern eine schwarze „Cella“ als Ort der Trauer, in der ein Monolith als das eigentliche Ehrenmal vorgesehen war. Auf diesem Stein würden Kränze und Blumen abgestellt werden können, hieß es. Beim Verlassen des Raumes gehe der Besucher auf eine Gold schimmernde Wand zu. Gold sei „in allen Kulturen ein zeitloses Sinnbild des Übernatürlichen und Ewigen und der damit verbundenen Hoffnung“, erläutert

die Broschüre des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg).

Kritik fand die sakrale Atmosphäre, die der geplante Bau zu erzeugen suche: Mit dem Bau einer „Cella“ in einer halb offenen Säulenhalle zitiert der Architekt die Tradition antiker Tempel. Der Mix aus Licht, Dunkel, Gold und einem quasi altarartigen Zentrum lasse einen Ort entstehen, der dem Weltlichen entrückt sei. Diese Bild- und Formensprache führe den militärischen Heldentod wieder ein, von dem die Bundesrepublik sich bewusst distanziert habe, so der Vorwurf von namhaften Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen, aber auch von MilitärhistorikerInnen. In einem offenen Brief an Kanzlerin Merkel und Minister Jung vom Oktober 2007 hieß es: „Wir lehnen jede sakrale Überhöhung des Soldatentods ab – besonders dann, wenn sie im Namen demokratischer Werte erfolgt. Und genau dies tut der zur Verwirklichung ausgewählte Entwurf von Prof. Andreas Meck, der (...) unverkennbar die Formen der ‚Neuen Wache‘ übernimmt und damit die Heiligung und Belohnung des Soldatentods durch den Aufstieg zum Licht über dem Altar des Vaterlandes impliziert.“ Der Brief endete mit der Forderung, zum Volkstrauertag 2007 nicht wie angekündigt einen Spatenstich zu zelebrieren, sondern eine breite öffentliche Debatte über Sinn und mögliche Form des Denkmals zu eröffnen.

Ungeachtet aller Einwände aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft wurde das Ehrenmal im Verteidigungsministerium beschlossen und auf dem Gelände des Bendlerblocks gebaut. Minister Jung hat damit als Dienstherr ein berufsständisches Ehrenmal errichten lassen. Parlament und Öffentlichkeit wurden in Kenntnis gesetzt, aber nicht als politische Entscheidungsgemeinschaft einbezogen. Lediglich einige Einwände beherzigten die Planer, etwa dass eine namentliche Nennung der Toten eine moralische Pflicht sei. Realisiert wurde dies im Übergang vom schwarzen Innenraum zur Gold schimmernden Wand mit der Widmung „DEN TOTEN UNSERER BUNDESWEHR FÜR FRIEDEN, RECHT UND FREIHEIT“. Auf eine Betonplatte, die horizontal über dem Zugang liegt, werden in wechselnder Folge die Namen der über 3.000 zu ehrenden Toten projiziert. 2014 wurde das Ehrenmal außerdem um das „Buch des Gedenkens“ ergänzt, in dem

Das Ehrenmal im Bendlerblock zwischen Anspruch

Dieses Ehrenmal soll diejenigen würdigen, die in Ausübung ihres Berufes ihr Leben gelassen haben für die Verteidigung von Recht und Freiheit unseres Vaterlandes. Die Toten zu ehren, sich im Sinne einer Ehrenbezeugung vor ihnen zu verneigen, steht am (...) Ehrenmal am Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung hier in Berlin im Vordergrund. Darum geht es.

Franz-Josef Jung in *Der Tagesspiegel* vom 26.2.2007

und Wirklichkeit?

Das Denkmal ist Ausdruck einer Verlegenheit, einer politischen Verlegenheit, und als solcher zunächst mal zu würdigen und interessant, aber es enthebt uns nicht der Aufgabe noch einmal genau darüber nachzudenken, was wir eigentlich mit den Auslandseinsätzen wollen, wie wir die Toten überhaupt legitimieren können und wie sich die gesamte Republik dazu verhält. Das wird hier ausdrücklich vermieden.

Michael Jeismann im *Deutschlandfunk* am 8.9.2009

die Namen der Toten nun auch auf Bronzeplatten verzeichnet sind. Angehörige hatten zuvor lange ausharren müssen, um die Namen ihrer verstorbenen Angehörigen als LED-Projektion lesen zu können.¹³

Normalisierung im Umgang mit Soldatentod?

Als Motiv zur Schaffung eines zentralen „Ehrenmals“ nannte Minister Jung 2006, „dass wir auch in Deutschland zu einem ehrenden Gedenken finden, wie es unsere Freunde und Verbündeten schon seit Jahrzehnten praktizieren“. Die Publikationen des Ministeriums zum ausgewählten Architektenentwurf und dem realisierten Bau wiederholen das Argument einer vorgeblichen Normalität: „Das ehrende Gedenken an tote Soldaten ist in allen Streitkräften Teil der kulturellen Identität und des soldatischen Selbstverständnisses. In ihr drücken sich das Selbstbild des Militärs und seine gesellschaftliche und politische Verankerung aus. In der Ehrung spiegelt sich die öffentliche und private Auseinandersetzung über die Stellung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft. In ihr zeigt sich, ob und in welchem Maße das Militär akzeptiert und integriert ist, ob die Erinnerung mehr Raum für private Trauer lässt oder durch Heroisierung und Verklärung des Soldatentods nur zur Legitimierung staatlicher Gewalt dient. Bei allen unseren Partnern und Verbündeten gehört das ehrende Gedenken an Soldaten, die für ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt haben, zum kulturellen Gemeingut.“

Nun gibt es Gründe dafür, dass sich im Nachkriegsdeutschland – in Ost wie in West – keine Kultur des öffentlich „ehrenden Gedenkens“ soldatischen Sterbens entwickelt hat, wie sie bei den alliierten Siegermächten üblich war und geblieben ist: Im Nachkriegsdeutschland war es prekär, denn die vergangenen Kriege sind der zentrale Referenzpunkt für diesen Teil der Erinnerungskultur. Die deutschen Soldaten in Reichswehr und Wehrmacht starben und töteten aus heutiger Sicht aber weder, um eine gute politische Ordnung durchzusetzen, noch zur Verteidigung von Idealen, die ihren Tod oder das Sterben anderer Menschen auch nur annähernd sinnvoll erscheinen lassen könnten. Während die Siegermächte

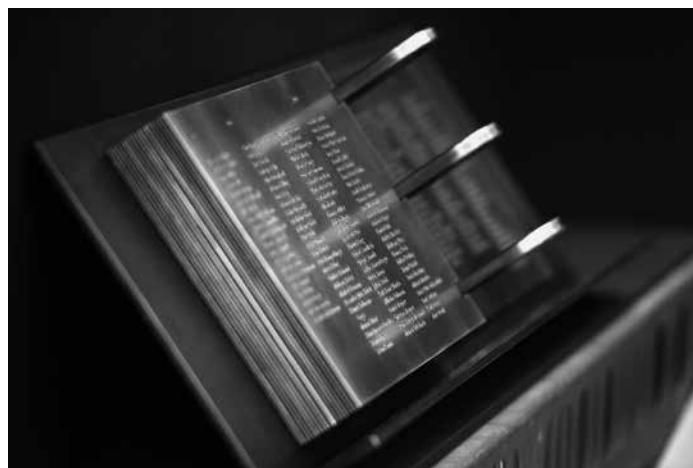
des Zweiten Weltkriegs ihrer militärischen und vielfach auch zivilen Opfer in dem Bewusstsein öffentlich gedenken konnten, dass diese für die Niederschlagung des Nationalsozialismus ihr Leben gelassen hatten, kamen die Deutschen nach 1945 im Westen ungewollt zur freiheitlichen Demokratie, im Osten zum sozialistischen Staat. Ein affirmatives Gefallenen- oder Kriegstotengedenken war in beiden Teilen Deutschlands politisch unmöglich.

Das Erinnern an die Toten der Wehrmacht war in der DDR Privatsache. In Westdeutschland konnten sie kontrastiv als Mahnung an die für eine schlechte Sache in den Krieg geführten „Opfer der Geschichte“ einbezogen werden. Diese Rahmung erlaubte es, am Volkstrauertag (auch) der deutschen Soldaten zu gedenken, die im Zweiten Weltkrieg starben – eben nicht *für* ein demokratisches Deutschland, sondern im Dienst eines totalitären Regimes, das einen unrechtmäßigen Krieg führte. Dass der Mythos der „sauberen Wehrmacht“ Entlastungsrhetorik war und viele Wehrmachtsoldaten sich im Vernichtungskrieg schwerer Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten, wurde über Jahrzehnte verdrängt und verschwiegen. Die Konsequenzen des heutigen Wissens für das Erinnern gerieten erst allmählich in den Blick. Dennoch wurde der militärische Tod hierzulande schon dadurch, dass er in der öffentlichen Gedenkkultur durch die zivilen Opfer eingeklammert war, stärker entzaubert als in anderen Ländern.

Hinzu kam das starke Interesse der Alliierten an einer Einhegung des Militärs in der deutschen Nachkriegsdemokratie. Es motivierte seinerzeit die Einführung der (mittlerweile ausgesetzten) Wehrpflicht, eine starke Kontrolle der Exekutive durch

das Parlament und die Entwicklung einer ambitionierten Führungsphilosophie unter Ägide der Militärreformer um Graf Baudissin. Das Leitbild des Bürgers in Uniform begründete Normen zur demokratieverträglichen Menschenführung im Militär, die im internationalen Vergleich nach wie vor eine Seltenheit darstellen. Ziel war es, die Streitkräfte sowohl strukturell als auch ideell in der Demokratie zu verankern und sie auf deren Verteidigung zu verpflichten. Auch wenn die Vorstellung von der Bundeswehr als etwas grundlegend Neuem nie unkontrovers war und in Teilen der Bundeswehr auf erheblichen Widerstand stieß, haben über die Jahrzehnte der Parlamentsvorbehalt, dem Bundeswehreinsetze unterliegen, die defensive Zweckbestimmung, die Verpflichtung zu einer ethisch verantwortlichen Organisationskultur und das Konzept vom Bürger in Uniform – der keine Spezialkaste repräsentiert, sondern die verteidigungsbereite Bürgerschaft – eine bemerkenswerte Zivilisierung des Militärischen in unserem Land bewirkt. Heute bestehen sowohl in breiten Teilen der deutschen Gesellschaft als auch unter politischen Entscheidungsträgern, und eben nicht zuletzt in den Reihen der Bundeswehr selbst, deutliche Vorbehalte vor dem Einsatz militärischer Mittel.¹⁴

Als „Zivilmacht“ unterscheidet Deutschland sich von den Partnern und Verbündeten, deren Gedenkpraktiken das Verteidigungsministerium als Normalfall anführt: Im ehrenden Gedenken an tote Soldaten drücke sich das Selbstbild des Militärs und seine gesellschaftliche und politische Verankerung aus, heißt es in der Erklärung des BMVg. Dem ist in der Tat so! Nur unterscheidet sich die Stellung der US-amerikanischen, französischen oder britischen



Das „Buch des Gedenkens“ im zentralen Ehrenmal der Bundeswehr listet auf Bronze-Platten die einzelnen Namen der militärischen Toten auf.

Foto: © 2014 Bundeswehr/Steinert

Streitkräfte in Staat und Gesellschaft grundlegend von jener der Bundeswehr. Es handelt sich weder um Parlamentsarmeen noch wird in diesen Ländern eine gesellschaftliche Integration der Streitkräfte überhaupt angestrebt. Vielmehr folgen sie dem Modell der „objektiven Kontrolle“ (Samuel Huntington), das auf eine weitgehende Trennung von der Zivilgesellschaft setzt, damit militärische Berufsethik und Praktiken sich in Abgrenzung zu dieser entfalten können. Dies soll der Professionalisierung und militärischen Effizienzsteigerung dienen und liegt eindeutig konträr zu wesentlichen Prinzipien der bundesdeutschen Streitkräfte. Auch hat eine nachhaltige Infragestellung militärischen Handelns als Teil globaler Machtpolitik beispielsweise in Großbritannien oder den USA nie stattgefunden. Nicht von ungefähr erinnert man in den USA am *Memorial Day* an die Soldaten, die das Land in all seinen *Kriegen* verloren hat.

Dem Konzept der Bundeswehr als einer in die Gesellschaft integrierten Verteidigungsarmee ist Minister Jung mit seinem Alleingang nicht gerecht geworden. Die Entscheidungen für ein militärisches „Ehrenmal“ – immerhin ein Kernbegriff militärischer Separierung – an Stelle eines Mahnmals oder politischen Denkmals, und für einen sakral anmutenden Bau brechen mit der deutschen Nachkriegserrungenschaft der „Armee ohne Pathos“¹⁵, in der der bürgerliche Moralkanon vor dem militärischen Ehrenkanon rangiert. Auch der Standort auf dem Gelände des Dienstherrn entzieht den Ort des Gedenkens symbolisch (und häufig auch praktisch) der Gesellschaft¹⁶ und lässt damit Deutungen vom Militär als sozialer Gruppe *sui generis* zu, die unser Land hinter sich gelassen hatte. Freilich ist die Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges zur Einsatzarmee geworden. Ihr Funktionswandel hat Auswirkungen auf das Verhältnis von Militär, Politik und ziviler Gesellschaft, und auch deshalb wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Das Soldatenbild hat sich durch die humanitären, friedenserhaltenden und friedenschaffenden Missionen verändert.¹⁷ Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten agieren in bewaffneten, oftmals asymmetrischen Konflikten, die ihnen andere Fähigkeiten abverlangen als konventionelle Kriege. Sie leisten einen Spagat zwischen widersprüchlichen Anforderungen, denn

militärische und zivile Interventionsmaßnahmen greifen häufig ineinander. Sie finden sich in zivil-militärischen Kooperationen wieder, nehmen zivile Aufgaben in Einsatzgebieten wahr, sollen aber jederzeit in den Modus des Kämpfers bzw. der Kämpferin wechseln können. Es gilt jedoch weiterhin, dass Einsätze der Bundeswehr der Verteidigung und dem Frieden dienen sollen und die Gewissensverantwortung das berufsethische Leitbild ausmacht.

Die Kontroverse um die Errichtung des Ehrenmals in Berlin hat gezeigt, dass es nicht (mehr) nur *eine* Lesart des Soldatentodes gibt. Dies steht zum einen mit der Legitimationsproblematik in Zusammenhang. Nicht wenige Bundeswehreinätze der letzten Jahre waren umstritten. Schon die zugrunde liegenden verteidigungspolitischen Richtlinien sorgten für Widerspruch. 2003 verabschiedet und 2006 in einem Weißbuch veröffentlicht, legen sie einen entgrenzten Sicherheits- und Verteidigungsbegriff zu Grunde: heute falle all das ins Ressort der Verteidigung, was „zur Wahrung unserer Sicherheit“ beitrage, „wo immer diese gefährdet“ sei. Das macht die Streitkräfte aber noch nicht zum allseits geeigneten Instrument. Mit jeder Entscheidung über die Mandatierung von Bundeswehreinätzen steht zur Klärung an, wie der Militäreinsatz begründet werden kann und wann er auszuschließen ist. Wofür die Toten der Bundeswehr jeweils ihr Leben verloren haben, entscheidet inzwischen also auch die konkrete Auftragslage.

Zum anderen schließt der Zivilisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte die Bundeswehr erkennbar ein. So sind in unserem Militär, anders als das Ehrenmal glauben macht, andere Auffassungen davon anzutreffen, welcher Umgang mit dem Soldatentod heute angemessen ist. Deutschland gilt als Musterbeispiel einer postmilitärischen Gesellschaft, und das ist einer der Gründe, warum ein zentraler Gedenkort für die zu Tode gekommenen Soldaten der Bundeswehr nicht entstanden war, bevor Franz-Josef Jung initiativ wurde. Im Laufe der Kontroverse um das Bauprojekt haben sich immer wieder auch Angehörige der Bundeswehr gegen die reaktionäre Wende verwahrt, welche die Verpflichtung zur Opferbereitschaft ins Zentrum des soldatischen Selbstverständnisses rückt. Auch wenn die Gedenkformel bloß „DEN TOTEN UN-

Das Übel gedeiht hinter dem Ideal am besten.

(Karl Kraus)

Karl Kraus (1874-1936) war einer der prominentesten Autoren, die beizeiten gegen die Idealisierung des Todes auf dem Schlachtfeld polemisierten. Er erkannte sie als Voraussetzung dafür, das millionenfache Leid zu verdrängen und die Kriegsbereitschaft der Nationen aufrechtzuerhalten.

Kraus, Karl: Die letzten Tage der Menschheit [1926], Frankfurt/Main 1986, S. 193.

SERER BUNDESWEHR FÜR FRIEDEN, RECHT UND FREIHEIT“ lautet, stellen die Veröffentlichungen des Verteidigungsministeriums einen solchen Kontext her: „Bei der namentlichen Nennung im Ehrenmal der Bundeswehr wird nicht nach Todesursachen unterschieden, ausschlaggebend ist der Zusammenhang von Pflichterfüllung und Tod“, heißt es etwa auf der Webseite. Auch dass Minister Jung 2008 die Formulierung einführte, Soldaten der Bundeswehr seien in Kunduz „für den Frieden gefallen“, knüpft an das traditionelle Motiv des soldatischen Selbstopfers für eine höhere Sache an und begünstigt die Auffassung vom Militär als ethischer Statuselite.

Welche Wirkung das Ehrenmal im Bandlerblock längerfristig entwickelt, kann nicht



Ausdruck einer „neuen Erinnerungskultur“: Im „Wald der Erinnerung“ wurden die Ehrenhaine aus fünf früheren Einsatzgebieten der Bundeswehr im Ausland zusammengeführt. Die ca. 4.500 Quadratmeter bieten Raum für ein individualisiertes Totengedenken. Bestattungen sind nicht vorgesehen. Neue Bäume können gepflanzt werden.

Fotos: © dpa, picture-alliance/ZB

Ehrenhaine zusammengeführt, die Soldaten in den Feldlagern in Afghanistan und Bosnien angelegt hatten. Auch sie greifen die militärische Tradition des ehrenden Gedenkens auf. Allerdings sind die in den deutschen Kontingenten „von unten“ entstandenen „Haine“ eher schlicht gestaltet. Neben der Zusammenführung dieser Anlagen soll der „Wald der Erinnerung“ Angehörigen der Toten und KameradInnen die Gelegenheit geben, Kerzen aufzustellen, Blumen auszulegen, Bäume anzupflanzen und individuell gestaltete Gedenkschilder anzubringen. Hier soll „ein individuelles Trauern in einem persönlichen und der Natur verbundenen Rahmen“ ermöglicht werden. Unverkennbar haben die Friedwälder und Ruheforste Pate gestanden, auch



beantwortet werden. Dass es nicht die Bedürfnisse aller Betroffenen – weder der zivilen noch der militärischen – erreicht und kein Ort für unpathetische Formen des Gedenkens und der Trauer ist, scheint indessen klar. Nicht von ungefähr wurde zur Ergänzung des Ehrenmals zwischenzeitlich der „Wald der Erinnerung“ bei Potsdam angelegt.

Warum ein „Wald der Erinnerung“?

Auf dem Gelände des Führungseinsatzkommandos in Geltow bei Potsdam ist im November 2014 eine Gedenkstätte eingeweiht worden, an die ein „Wald der Erinnerung“ angeschlossen ist. Nach Angaben der Bundeswehr handelt es sich hier um ein „ergänzendes Element“ zum Berliner Ehrenmal. Das Areal ist tagsüber für alle Personen, die sich ausweisen, zugänglich. Im „Wald der Erinnerung“ werden die sogenannten

wenn es auf dem Gelände der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Geltow keine Bestattungen geben wird. Mit der Schaffung dieser außergewöhnlichen Anlage schlägt die Bundeswehr sehr deutlich den Bogen zu zivilen Formen der Trauer und des Gedenkens, und sie geht damit auf Wünsche von Hinterbliebenen und KameradInnen ein, bei denen das staatstragende Berliner Ehrenmal Unbehagen erzeugt hat. Diese neueste Gedenkstätte ist somit zugleich ein Ausdruck der militärisch zurückgenommenen Trauerkultur, die sich nach Beobachtungen von Loretana De Libero in den letzten Jahren in der Bundeswehr entwickelt hat. So würden die Orte, die dezentral in der Bundeswehr zur Erinnerung an tote KameradInnen entstanden seien, sich auf das Wesentliche konzentrieren: „Sie würdigen die Toten, sie nennen ihre Namen – nicht mehr und nicht weniger.“¹⁸

Es bedeutet also nicht bloß einen Stilwechsel, welcher der personellen Fluktuation im BMVg geschuldet ist, dass Verteidigungs-

ministerin von der Leyen, die den „Wald der Erinnerung“ am 15.11.2014 seiner Bestimmung übergab, in auffälliger Weise das Vokabular der Ehre aussparte. Sie sprach stattdessen von der Erinnerung an die Toten, von der Schwierigkeit, den Verlust eines nahestehenden Menschen zu bewältigen, und von der Trauer um jeden Einzelnen: „Ein Ort wie dieser hilft, zu trauern und das Erlebte zu verarbeiten. (...) Jeder einzelne Name steht für unseren tiefen Dank und die Hochachtung, die wir den Toten entgegen bringen, denn sie alle sind gestorben im Dienst für die Bundeswehr, im Dienst für unser Land, zuhause oder außerhalb der Grenzen Deutschlands. (...) Trauer hat viele verschiedene Facetten. Der Tod eines Menschen ist zu groß und zu persönlich, als dass seiner nur in einer einzigen Form gedacht werden sollte. Es ist gut, verschiedene Formen, verschiedene Orte des Gedenkens zu finden.“

Mit dem Verweis auf die verschiedenen Orte und Formen bekräftigt von der Leyen zwar, dass auch das Ehrenmal im Bandlerblock seine Berechtigung habe. Zugleich gesteht sie ein: Die staatspolitische Überhöhung des militärischen Todes überzeugt nicht mehr; weder kann sie Trost spenden noch die Sinnfrage beantworten. In diese Wunde legte Tanja Menz ihren Finger. Die Mutter des in Afghanistan umgekommenen Stabsgefreiten Konstantin Menz sprach ebenfalls anlässlich der Eröffnung des „Waldes der Erinnerung“. Sie forderte „von Anfang an größtmögliche Offenheit und Ehrlichkeit; Offenheit und Ehrlichkeit bezüglich der Gründe für den Einsatz und seiner Ziele. Wir sind durchaus in der Lage, auch Gründe außerhalb der humanitären Hilfestellung zu verstehen – strategische wirtschaftliche Gründe, die Notwendigkeit Bündnispartner zu unterstützen und die Tatsache, dass Stabilität und Sicherheit in der heutigen Welt nicht nur an unseren direkten Grenzen für uns von Bedeutung sind. All das können wir dann versuchen zu verstehen, wenn wir von Anfang an informiert sind; Offenheit und Ehrlichkeit aber auch, was die Einsatzrealität der Soldaten betrifft. (...) Auch wir Hinterbliebenen wünschen uns kein Mitleid, sondern ehrliches Interesse und Mitgefühl und ein würdevolles Gedenken an unsere verstorbenen Angehörigen. Mit diesem Wald der Erinnerung ist ein weiterer großer Schritt in

diese Richtung getan worden, ein Schritt auf dem Weg zu einer eigenen Gedenkkultur, die zu unserem Land und unserer Vergangenheit passt, die nicht in Richtung Helldenverehrung gehen darf, sondern würdevolles Erinnern ermöglicht.“ In ähnlicher Weise unterstrich ein Kamerad mehrerer verstorbener Soldaten in seiner Ansprache zum selben Anlass, er wünsche sich, der „Wald der Erinnerung“ werde ein Ort, der die besondere Verantwortung vor Augen führe, die mit dem Entsenden von Soldatinnen und Soldaten „in einen Krieg oder Einsatz“ verbunden seien.

Es war schon in den kritischen Stellungnahmen zum Berliner Ehrenmal eine zentrale Forderung, dass die Symbolik des Gedenkens an die politischen Begründungen militärischer Interventionen rückgekoppelt werden müsse. Sie bleibt auch durch den „Wald der Erinnerung“ unbeantwortet, der die persönliche Dimension betont, dabei aber wie das Berliner Ehrenmal auf militärischem Gelände und eher abseits gelegen ist.

Gedenken genügt nicht!

Das öffentliche Gedenken an tote Soldaten hat normative Implikationen für den Stellenwert des Militärischen in der Politik. Alenthalben wurde 2014 an das Leiden und massenhafte Sterben im Ersten Weltkrieg erinnert, zum Frieden gemahnt und die Ächtung des Krieges beschworen. Zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sind bewaffnete Konflikte nicht zu erwarten. Im Rest der Welt agieren EU-Staaten aber durchaus auch mit Waffengewalt. Das Argument, Europa müsse globalen Bedrohungen entgegenreten und zur Verbesserung der Sicherheitslage in Krisenregionen auch mit militärischen Mitteln beitragen, scheint mehr und mehr zu verfangen. Die Forderung nach größerer Übernahme von Verantwortung wird lauter, die an der Bereitschaft zum Einsatz des Militärs zu messen sei. Nun können Militäreinsätze zuweilen sinnvoll sein, um eine Konflikteskalation zu verhindern, Frieden zu erzwingen oder anhaltend schwere Menschenrechtsverletzungen zu beenden, d.h., wenn sie eine Basis für gewaltfreie Lösungen zu schaffen versprechen. Auch gut gemeinte „Stabilisierungs-“, oder „humanitäre“ Militäreinsätze

erfordern aber eine Abwägung der Verhältnismäßigkeit der Mittel und der möglichen Folgen, denn die Wirkungen sind meist hochgradig ambivalent. Auch wenn systematische Evaluationen militärischen Konfliktmanagements ausstehen,¹⁹ entbehrt ein hemdsärmeliges Verständnis vom Militär als Allzweckmittel, um in der Welt Ordnung zu schaffen, jeglicher Plausibilität. Es wäre daher besorgniserregend, wenn die Hemmschwelle zum Gebrauch militärischer Gewalt in Europa sinken sollte und weltpolitische Verantwortung vorrangig als Frage möglicher Militäreinsätze diskutiert würde.²⁰

Das 100jährige Jubiläum des Ersten Weltkriegs gibt vielerlei Anlass, sich die Eskalationsgefahren militärischen Eingreifens vor Augen zu führen. Die strukturellen Handlungsbedingungen militärischer Auseinandersetzungen lassen Menschen töten, quälen und sterben. Sich dies bewusst zu machen, ist notwendig, um den Wert einer Politik zu erkennen, die auf dem Primat des Zivilen insistiert. Geschichtsdidaktische Projekte, in denen Biographien von Toten, die in Kriegsgräberstätten ruhen, rekonstruiert werden, in denen Feldpost und Soldatentagebücher analysiert und mit den historischen Fakten abgeglichen werden, zeigen, dass die intensive Beschäftigung mit dem Nachlass der Weltkriege auch in Zeiten massemedialer Überreizung noch die notwendigen Erschütterungen hervorrufen kann. Die politischen Eliten sollten daher die kommenden Jubiläumsjahre der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ für eine Erinnerungspolitik nutzen, die der Überlegenheit ziviler Mittel zur Transformation von Konflikten gerecht wird. Um die Friedensordnung in Europa aufrechtzuerhalten und sie nach außen wirken zu lassen, ist es nicht hinreichend, in Festreden zum Kriegstotengedenken an die geteilte Verantwortung zu appellieren und anschließend zu einer politischen Tagesordnung überzugehen, welche die nachdenklichen Töne konterkariert.

Es ist ein Erfolg, der auch durch die europäische Integration möglich wurde, dass sich das einst für seinen Militarismus berüchtigte Deutschland beim Einsatz des Militärs heute überwiegend zögerlich verhält. Die Deutschen bewerten militärisches Handeln mehrheitlich skeptischer denn je: außenpolitisch werden zivile Interventionen klar favorisiert, und über 80 Prozent

Anmerkungen

- 1 Alle wörtlichen Zitate sind der öffentlich geführten Debatte sowie den Publikationen des BMVg entnommen, die unter www.bmvg.de zur Verfügung stehen bzw. standen.
- 2 Kohlstruck, Michael 2004: Erinnerungspolitik, in: Schwelling, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft, Wiesbaden, S. 176.
- 3 Münkler, Herfried 2012: Heroische und postheroische Gesellschaften, in: Spreen, Dierk/von Trotha, Trutz (Hrsg.): Krieg und Zivilgesellschaft, Berlin, S. 183.
- 4 Sheehan, James 2008: Where have all the soldiers gone?, New York.
- 5 Kennan, George F. 1979: Bismarcks europäisches System in der Auflösung, Frankfurt/M., S. 12.
- 6 Kamiński, Andrzej Jozef 1990: Konzentrationslager 1896 bis heute, München, S. 54.
- 7 Neitzel, Sönke/Welzer, Harald 2011: Soldaten, Frankfurt/M., S. 392.
- 8 Graham Dawson führt die Formel der britischen „forces for good“ auf die imperiale Tradition zurück, Britentum, Männlichkeit und Kriegsbereitschaft als deren Probe und Gelegenheit zusammen zu denken (Dawson, Graham: Soldier Heroes, London 1994, S. 3).
- 9 Gillis, John R. 1994: Introduction, in: ders. (Hrsg.): Commemorations, Princeton, S. 4.
- 10 Leggewie, Claus/Meyer, Erik 2005: „Ein Ort, an den man gerne geht“, München, S. 11.
- 11 Hettling, Manfred/Echternkamp, Jörg (Hrsg.) 2008: Bedingt erinnerungsbereit, Göttingen.
- 12 Eine Besonderheit des Marine-Ehrenmals in Laboe ist, dass es seit 1954 als universalistischer Gedenkort an die auf den Meeren gebliebenen zivilen und militärischen Seeleute aller Nationen erinnert und eine friedliche Seefahrt anmahnt.
- 13 Das Ehrenmal gedenkt aller ca. 3.200 militärischer und ziviler Bundeswehrangehörigen, die seit 1955 „in Folge der Ausübung ihrer Dienstpflichten ihr Leben verloren haben“. Vgl. BMVg 2014 (Hrsg.): Das Ehrenmal der Bundeswehr. Den Toten unserer Bundeswehr – Für Frieden, Recht und Freiheit, Berlin, S. 34. Darunter sind 104 Personen, die seit 1992 in Auslandseinsätze entsandt wurden – von diesen fielen 37 Soldaten „durch Fremdeinwirkung“, 67 kamen durch sonstige Umstände ums Leben, davon 22 durch Selbsttötungen (Stand 1/2015).
- 14 Vgl. „Einmischen oder zurückhalten? Die Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik“, Körber-Stiftung, Hamburg 2014, S. 6.
- 15 Weinstein, Adelbert 1951: Armee ohne Pathos, Bonn.
- 16 Das Ehrenmal wird zur Straßenseite hin verschlossen, wenn Staatsbesuche o.ä. den Ausschluss der Öffentlichkeit vorsehen.
- 17 Vgl. Mammitz, Sabine 2014: Soldatenbilder, in: W&F Wissenschaft und Frieden, 32(4), S. 7-10.
- 18 De Libero, Loretana 2012: Deutsche Soldaten und der Tod in Afghanistan, in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Auftrag Auslandseinsatz, Freiburg/Berlin/Wien, S. 287.
- 19 Vgl. Dembinski, Matthias/Gromes Thorsten: HSFK-Report 2/2013.
- 20 Vgl. Bell, Arvid et al.: HSFK-Standpunkt Nr. 1/2014.
- 21 Vgl. „Einmischen oder zurückhalten? Die Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik“, Körber-Stiftung, Hamburg 2014, S. 3-6.

der Deutschen möchte Militäreinsätze reduzieren.²¹ Die Bundeswehr hat eine demokratiekonforme Organisationskultur entwickelt, die Zielrichtung ihrer Einsätze soll den anvisierten Friedensprozessen gelten, und selbst im Umgang mit den Toten aus den eigenen Reihen zeigen die Angehörigen der deutschen Streitkräfte ein bemerkenswert unpathetisches Profil. Ebenso beachtlich ist, dass in den vergangenen Jahren auch aus den Reihen der Bundeswehr gelegentlich Kritik hörbar wurde, wonach Entscheide Entscheidungen politisch unzureichend begründet und möglicherweise in der Sache falsch gewesen seien. Dahinter steht die Einsicht, dass militärisches Eingreifen allein keiner Friedensmission zum Erfolg verhilft, den Referenzrahmen einer Situation aber grundlegend verändert und immer Risiken birgt. Deutsche Außenpolitik tut mit anderen Worten gut daran, in Krisenverhütung und Konfliktmanagement primär zivile Instrumente zu ergreifen, und sollte auch im Kreise seiner Partner weiterhin darauf bestehen, dass Rechtsbindungen gelten und die Ermessensspielräume für die Anwendung militärischer Gewalt eng sind.

Um eine verantwortungsbewusste Beziehung zum militärischen Instrumentarium in Europa voranzubringen, bietet das öffentliche Gedenken an die Geschichte der Weltkriege und ihrer Toten hervorragende Gelegenheiten, die tragische Dynamik eigensinnig agierender Großmächte in ihrer Konsequenz zu reflektieren. Zugleich ist es umso wichtiger, im Umgang mit den Toten heutiger Militäreinsätze eine politische und symbolische Sprache zu entwickeln, die der

Ziele der Missionen angemessen ist. Mit dem Bau eines „Ehrenmals“ hat der ehemalige Bundesverteidigungsminister Jung dieser Sache keinen guten Dienst erwiesen. Allerdings haben die Kontroverse, die das Projekt hervorrief, und die Defizite der Gedenkstätte das Thema auf die politische Agenda gebracht. Die Debatte dazu sollte weitergehen. Abgeordnete des Verteidigungsausschusses haben im März 2013 einen Ideenwettbewerb für einen weiteren Gedenkort vorgeschlagen, der in Reichstagsnähe zum kritischen Nachdenken über Militäreinsätze anregen sollte. Es ist unverständlich, warum diese Initiative nicht weiter verfolgt wird, denn auch der jüngst eingeweihte „Wald der Erinnerung“ fasst den Soldatentod nicht politisch. Er scheint mit seiner vergleichsweise unpolitischen Form des Gedenkens der bundesdeutschen Errungenschaft militärischer Reserviertheit aber weitaus besser zu entsprechen als der Bau im Bendlerblock.

Die Wahl möglicher Orte und Formen des Gedenkens an zu Tode gekommene Einsatzkräfte sollte in konstruktiver Weise an die Folgenabschätzung von Interventionen geknüpft werden. Das böte die Chance, das zurückhaltende Verhältnis zu militärischen Handlungsoptionen, das Deutschland nach 1945 *nolens volens* entwickelt hat, als Ausdruck politischer Klugheit zu bekräftigen.



Dr. Sabine Mannitz ist Leiterin der Forschungsgruppe „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ an der HSFK. Ihre Forschungsinteressen umfassen Sozialisationseffekte von Narrativen sowie Normen und Praktiken der Sicherheitskultur.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 60 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sechs Programmbereichen zu den Themen „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Institutionen“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Der Programmbereich „Information und Wissenstransfer“ vereint das Projekt „Akademisches Friedensorchestr Nahost“, die „Schlangenbader Gespräche“, das „Friedensgutachten“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem arbeiten in der HSFK die programmungebundenen Forschungsgruppen „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ und „Konflikt und normativer Wandel: Normkonflikte im globalen Regieren“.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse IBAN DE27 5005 0201 0200 1234 59

Design: David Hollstein · Layout: HSFK · Druck: Henrich Druck + Medien GmbH

ISSN 0945-9332